

Vossische



Zeitung

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Reichsetat und Londoner Verhandlungen. Die Versöhnung mit Irland.

Zwanzigfache Eisenbahnfahrpreise und Postgebühren.

Die Steigerungen der Bahn- und Posttarife überstürzen sich geradezu. In der Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ von gestern sind die Gebührenerhöhungen mitgeteilt worden, die vom Reichsrat am 8. Dezember beschlossen worden sind und am 1. Januar 1922 in Kraft treten sollten. Aber noch bevor diese eben beschlossenen Tarifierhöhungen der Öffentlichkeit bekannt gegeben waren, hat die Reichspostverwaltung den Regierungen der einzelnen Länder schon eine Vorlage mit neuen, wieder wesentlich erhöhten Tariffahsen übermittlelt, die an Stelle der vor wenigen Tagen beschlossenen vom 1. Januar ab Geltung haben sollen. Nach den letzten Beschlüssen sollte die Postkarte im Ortsverkehr 60 Pfennige, im Fernverkehr 1 Mark kosten. Nach den jüngsten Vorschlägen wird die Postkarte 75 Pfennige bzw. 1,25 Mark kosten. Die Gebühr für den Brief sollte im Ortsverkehr ab 1. Januar 1 Mark, im Fernverkehr 1,50 Mark betragen. Sie soll neuerdings auf 1,25 Mark bzw. 2 Mark für ein Gewicht bis 20 Gramm erhöht werden. Die Wortgebühr bei Telegrammen sollte 75 Pfennig, die Mindestgebühr 7,50 Mark hoch sein. Der neueste Vorschlag lautet auf 1 Mark Wort- und 10 Mark Mindestgebühr. Die Fernspreckgebühren sollten gegenüber dem Gebührentarif vom 1. Oktober durchweg um 80 v. S. erhöht werden. Der neue Vorschlag lautet auf 100 v. S. In ähnlicher Höhe sollen auch die übrigen Postgebühren erhöht werden. Wenn man diese neuesten Gebührensätze mit denen der Vorkriegszeit vergleicht, so ergibt sich, daß planmäßig eine Grundlage von 20:1 genommen wurde, d. h., daß die Sätze gegenüber denen von 1914 auf das Zwanzigfache erhöht worden sind.

Das wird Geltung haben nicht nur für die Post, sondern auch für die Eisenbahn. Die neuen Tarife, die demnächst bekanntgegeben werden, sind ebenfalls auf dieser Grundlage aufgebaut. Der Fahrkilometer hat vor dem Kriege in der dritten Klasse 3, in der zweiten 4½, in der ersten 7 Pfennig gekostet. Er wird nach den neuen Tarifen 60 Pfennig, 90 Pfennig und 1,40 Mark kosten.

Was für eine ungeheure Belastung diese neuen Gebührenerhöhungen sowohl bei der Eisenbahn wie auch bei der Post nicht nur für den einzelnen, sondern für unser ganzes Wirtschaftsleben bedeuten, bedarf keiner besonderen Ausführung. Darüber werden sich auch die Eisenbahn- und Postverwaltung völlig im Klaren gewesen sein. Daß die neuen Vorschläge nicht ihrer Initiative entsprungen sind, darf man daraus schließen, daß die Reichspostverwaltung ihre neuen Vorschläge unmittelbar nach dem Beschluß des Reichsrates eingebracht hat, durch den die letzten Erhöhungen genehmigt worden sind. Allem Anschein nach folgen die Verwaltungen der beiden höchsten Staatsbetriebe einem Drucke des Reichsfinanzministeriums und dieses wieder dem Drucke der staatsfinanziellen Notwendigkeit.

Durch die bisherigen Tarifierhöhungen ist der Fehlbetrag bei den Eisenbahnen auf rund sieben, bei der Post auf rund vier Milliarden herabgedrückt worden. Aber die Notwendigkeit für das Reich, zu den größten Staatsbetrieben Zuschüsse dieser bedeutenden Höhe zu leisten, blieb bestehen. Es soll aber unbedingt erreicht werden, daß die Staatsbetriebe keine Reichszuschüsse mehr erhalten, sondern ihre Ausgaben aus den eigenen Einnahmen vollständig decken. Neben inneren finanzpolitischen Rücksichten haben bei dieser „Nothilfe“ der Staatsbetriebe zweifellos auch außenpolitische Erwägungen mitgesprochen.

Die deutsche Öffentlichkeit ist bisher lediglich durch die englische und französische Presse über die Verhandlungen unterrichtet worden, die seit nahezu zwei Wochen zwischen Rathenau, Minister Horne und Loucheur geführt werden. Aus eigener Kenntnis weiß man in Deutschland nicht, auf welcher Grundlage in London verhandelt wird, und was als Ergebnis für uns in der Frage der Reparation zu erwarten ist. Im allgemeinen macht sich ein leiser Optimismus geltend, für den zunächst keine objektive Grundlage vorhanden ist. Aber was auch immer in London verabredet worden ist — die deutsche Regierung scheint sich ein Entgegenkommen der Alliierten nur für den Fall zu versprechen, daß die Staatsbetriebe, vor allem Post und Eisenbahn, wieder „auf eigene Beine gestellt“ und die Steuerreformen in kürzester Frist beschlossen und durchgeführt werden. Das scheinen — im Zusammenhange mit den Londoner Besprechungen — zwei wichtige Voraussetzungen für jede internationale Aktion zu sein. Und unter diesem Gesichtspunkte wird man die jüngsten überraschenden Tarifier- und Gebührenerhöhungen mit zu werten haben.

Dr. Rathenau, wird, wie wir hören, heute London verlassen und nach Berlin zurückkehren. Sein Bericht über seine Londoner Besprechungen und Eindrücke wird in den ersten Tagen der

nächsten Woche die Grundlage für wichtige Entschlüsse der Reichsregierung bilden. Die Parteiführer werden vorher über das Ergebnis der Verhandlungen Rathenaus informiert werden.

Dr. Wirth über die Londoner Verhandlungen.

... mit Spannung und einiger Hoffnung ...

Im Reichswirtschaftsrat hat heute Reichskanzler Dr. Wirth kurz und sehr zurückhaltend über die Kreditationen und die Londoner Verhandlungen gesprochen. Er hat sorgfältig meritorische Erklärungen vermieden und nur leise andeutend damit geschlossen, daß er den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegenstehe. Anlaß zu der Erklärung des Reichskanzlers gab die Beratung des Berichtes des Reparationsausschusses über einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes.

Chefredakteur Bernhard erstattete den Ausschußbericht, Rechtsanwalt Dr. Sackenburg den Mitbericht. Der Reparationsausschuß hat am 25. November einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der er die unverzügliche Durchführung der Kreditation auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats vom 4. November 1921 als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland bezeichnet und „entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsbetrieben“ schleunigst fordert, dagegen die Verquickung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Frage der Kreditation ablehnt.

In der Aussprache waren Bedenken geäußert worden, ob es nützlich wäre, jetzt über diese Vorlage Beschluß zu fassen.

Reichskanzler Dr. Wirth: Ich kann nicht verstehen, warum durch eine solche Abstimmung eine Beunruhigung entstehen könnte. (Rufe: Sehr richtig!) Mit der Verabschiedung des Entwurfs geben Sie doch der Regierung ein Instrument vorläufig in die Hand, um zu zeigen, auf welcher Grundlage etwa die Frage der Kreditation gelöst werden könnte. Es ist taktisch immerhin bedeutungsvoll, ein solches Instrument durch ein Votum des Reichswirtschaftsrats bereitgestellt zu haben. Ich habe die interessierten Kreise in der letzten Zeit immer gebeten, mindestens die innere Bereitschaft durch äußere Zeichen zu bekunden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Gesetzentwurf zu verabschieden. Ich wäre sehr gern bereit, heute in Ihrer Mitte zur Lage zu sprechen. Ich will das heute nicht tun, ich komme dann nicht in die unangenehme Lage, etwas abschwächen und korrigieren zu müssen, wie das Herr Dr. Sorge längst gefehlt.

Den Sommer hindurch haben wir wiederholt — geheim wie öffentlich — die Möglichkeiten durchgesprochen, Schritte nach der Richtung der Kreditbeschaffung hin sind, offiziell und offiziös unternommen werden. Das ernsthafteste Bemühen der Regierung, für Januar und Februar für Geldbedeckung zu sorgen, hat eine größere Erörterung hervorgerufen: Aus der Kreditfrage ist eine Erörterung des Reparationsproblems geworden. Bei Annahme des Ultimatus haben wir dem bedeutungsvollen Satz dem Reichstag geprägt, daß die weltwirtschaftlichen Forderungen nach Annahme des Ultimatus erheblich sein müssen. Diese Erwartungen haben die wirtschaftlichen Kräfte der ganzen Welt in Bewegung gebracht. Deutschlands Wirtschaft darf nicht hollert für sich betrachtet werden. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist verbunden mit der Wirtschaft Europas und damit mit der Weltwirtschaft. In dem Augenblick, wo von den englischen und französischen Staatsmännern gerade in London diese Frage diskutiert wird, können wir eine große Debatte nicht führen, das wäre nicht nutzbringend.

Verabschieden Sie den Gesetzentwurf als Zeichen innerer Bereitwilligkeit, an der Lösung der Kreditfrage mitzuarbeiten und der Regierung ein Instrument in die Hand zu geben, und sprechen Sie damit die Hoffnung aus, daß die ganze Welt auch an diesem Zeichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind, am Wiederaufbau in Deutschland und der ganzen Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Dr. Rathenau, das Mitglied dieses Hauses, wird ja in einigen Tagen Ihnen über seine Eindrücke in London Bericht erstatten können. Freilich ist es auch zunächst besser, zu schweigen, wo große Gedanken reifen, anstatt zu reden und nachher zu sehen, wieviel Porzellan zerfallen ist. (Zustimmung.) Wir sehen den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Von
Ludwig Wachtel,

Korrespondent der „Vossischen Zeitung“.

* London, 6. Dezember.

Das Abkommen, das heute in früher Morgenstunde zwischen Vertretern der englischen Regierung und den Delegierten der Sinnfeiner abgeschlossen worden ist, wird, wenn keine entscheidenden Hindernisse eintreten, endlich den jahrhundertelangen Streit zwischen Großbritannien und Irland beendigen. Die gegenseitige Feindschaft war eigentlich, so paradox es klingen mag, das einzige, was die beiden Länder mit einander verbunden hat. In mehr als 7 Jahrhunderten ist Irland niemals ein freiwilliges Mitglied des „Vereinigten Königreichs“ gewesen. Es war eine unterjochte Provinz, die die jegliche Anerkennung als „Freistaat“ nur dem zähen Widerstand zu danken hat, der in der Geschichte aller um ihre Freiheit kämpfenden Völker wohl einzig dasteht.

Die zahlreichen Versuche der verschiedensten englischen Politiker, im Guten oder im Bösen eine Lösung des Problems herbeizuführen, waren alle von Anbeginn zum Scheitern verurteilt. Das gilt im weiten Maße auch von der Verfassung, die dem unglücklichen, ewig kämpfenden Lande im vorigen Jahre aufgezwungen wurde. Damals glaubte Lloyd George, durch eine verfassungsmäßige Trennung des Nordens von dem Süden das Problem meistern zu können. Mit der Beweglichkeit, die diesen Staatsmann auszeichnet, erkannte er dann aber schneller, als die Mehrzahl seiner Landsleute, daß das gewöhnliche Ziel auf diesem Weg nicht zu erreichen war, sondern daß sich England selbst in eine Sackgasse verkannt hatte. Im Laufe der Verhandlungen mit den Vertretern der Sinnfeiner hat er weiter nachgegeben, als seine Vorgänger. Aber er versteht es, jeden Schritt, den er tut, so meisterhaft zu begründen, daß er die Mehrheit, auf der seine Regierung beruht, von einer Nachgiebigkeit zu der anderen mit forttrifft, und daß er jetzt, wo der Friedensschluß durch gegenseitige Konzessionen gesichert zu sein scheint, sich auf ein Resultat berufen kann, auf das die größten seiner Vorgänger stolz gewesen wären: Irland das höchste Maß von Freiheit zu geben, ohne die Interessen des Britischen Reiches zu schädigen. Die unverföhnlichen konservativen Elemente, die in diesem gewandtesten Staatsmann immer noch den verhassten Walliser Emporkömmling sehen, haben Lloyd George in einer Weise angefeindet, die selbst in der Geschichte englischer Parteikämpfe vereinzelt dastehen dürfte. Aber Lloyd George, der nicht an Dogmen oder Programmen hängt, erwies sich immer als der Geschicklichere, der es verstand, jeden Angriff zu parieren und gerade die irischen Verhandlungen zu einer ständigen Vermehrung seiner parlamentarischen Hilfstruppen zu benutzen. Der letzte große Vorstoß der Unversöhnlichen sollte den Premierminister als Verräter der Krone brandmarken. Er gab ihm aber nur Gelegenheit, zu zeigen, daß er im Gegenteil mit seinen, damals noch ausichtslos erscheinenden Verhandlungen das Interesse der Krone besser wahrnahm, als diejenigen, deren reaktionäre Methoden dazu beitrugen, die Blutschuld des irischen Fehlzugs der Krone aufzubürden. Lloyd George wußte sehr genau, wie weit er in seinen Angeboten an Sinnfeiner gehen konnte. Er wußte, daß er sich sogar auf die Arbeiter (die ihn sonst haßten) stützen konnte, wenn er eine etwaige Ablehnung seiner Verhandlungen mit Irland benutzte, um mit Parlamentsauflösung, bzw. mit seinem Rücktritt zu drohen.

Der Verlauf der Verhandlungen gab dem Premierminister wiederholt Gelegenheit, seine Kunst der Stimmungsmache in vorteilhaftestem Licht zu zeigen. Das starre Festhalten des Valeras an Prinzipien lag dem Charakter Lloyd Georges vollkommen fern. Das hartnäckige Streiten des Irenführers um Worte und Buchstaben brachte den englischen Premier immer wieder in die günstige und dankbare Situation, auf die Unnachgiebigkeit des Verhandlungsgegners hinweisen zu können. Und da Lloyd George die beliebte Parole der Befreiung eines bisher unterdrückten Volkes für die von ihm begonnenen Verhandlungen in Anspruch nehmen konnte, war der große persönliche Erfolg für ihn selbst wie für England gesichert, selbst wenn die Verhandlungen zu keinem Resultat geführt hätten. So verstand es die meisterhafte Londoner Regie, die Sympathie und Bewunderung der Welt, die sonst immer auf Seiten des Unterdrückten und Schwachen zu finden sind, dem „Besieger“ zuzuwenden. Irland figuriert jetzt, nach dem heute früh unterschriebenen Entwurf als gleichberechtigter Freistaat innerhalb des Britischen Weltreiches. Die englische Regierung hat dem neuen Freistaat bezüglich des Treueides sogar Konzessionen gemacht, wie bisher keinem anderen Mitglied des Reiches. Die Frage, wie Treue und Gehorsam gegenüber dem Träger der Krone formuliert werden sollten, war die wichtigste der ganzen Verhandlung. Die extremen Sinnfeiner beharrten auf dem Begriff der Republik, die von ihnen proklamiert worden war. Der Wortlaut des Treueides, auf den die Unterhändler sich schließlich einigten, zeigt, wie unendlich schwierig es gewesen sein muß, die von England geforderte Gehorsamsklärung mit den Prinzipien der von Irland proklamierten Republik zu vereinigen. Die irischen